

**An die GRÜNEN Regierungsmitglieder und
An den GRÜNEN Klub im Parlament - Klub der GRÜNEN Abgeordneten zum Nationalrat**

Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
Liebe Mandatarinnen und Mandatare des GRÜNEN Klubs im Parlament,

wir wenden uns an Euch als eine Gruppe von Personen, die sich als „GRÜN“ verstehen und dem GRÜNEN Grundsatzprogramm verpflichtet sind. Unsere Gruppe GGI, GRÜNE gegen Impfpflicht & 2G, hat sich Ende 2021 aus GRÜNEN FunktionärInnen und BürgerInnen als Reaktion auf die, unserer Meinung nach verfehlte Corona-Politik der Regierung, und die Verhinderung einer fairen und kritischen Debatte darüber gebildet.

Jenseits unserer nach wie vor großen Bestürzung über den Umgang mit COVID-19, haben sich gerade in letzter Zeit weitere Aspekte ergeben, die wir nicht unkommentiert bzw. nicht ohne Frage nach dem „Warum?“ bzw. „Welche Alternativen gab und gibt es?“ stehenlassen wollen.

Leider beobachten wir, dass sich die GRÜNEN immer mehr vom GRÜNEN Grundsatzprogramm entfernen. Nicht nur bezüglich Basisdemokratie, Selbstbestimmung, Grund- und Menschenrechten und dem Umgang mit Andersdenkenden, sondern auch hinsichtlich zahlreicher weiterer Themen, wie z.B. Antikorruption und Transparenz, Gentechnikfreiheit, Glyphosat-Verbot, Massentierhaltung, Aufarbeitung betreffend Corona-Maßnahmen bis hin zum Menschen- und Gesellschaftsbild vermissen wir ureigene GRÜNE Werte und Prinzipien.

1. Eskalation der Korruption – und kein Ende

Seit dem Bekanntwerden der Chat-Affäre der ÖVP, durch welche deren verächtliche Haltung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offenbar wurde, folgt ein Korruptionsverdacht dem anderen: Scheinrechnungen, verfälschte Studien, Körpergeld-Schwindel durch Inserate - und nun steht auch noch ein mutmaßlicher Missbrauch von NPO-Hilfsgeldern im Raum. Und was sind die Konsequenzen? Forderung nach lückenloser Aufklärung? Leider nicht.

Bundesminister Johannes Rauch gibt medial kund, dass auch die GRÜNEN über die Inseraten-Abzocke Bescheid gewusst haben und alles geht weiter, wie gehabt in den Koalitionen in Vorarlberg, in Tirol und im Bund. Wo zeigt sich hier, dass die GRÜNEN für Transparenz und Antikorruption eintreten? Außer von Nina Tomaselli haben wir keine kritischen Stimmen zu den Machenschaften des Koalitionspartners gehört; nun ist Nina Tomaselli nicht mehr stellvertretende Parteibfrau. Warum?

2. Abstimmungen gegen Glyphosat-Verbot, gegen Ende der Schweinehaltung auf Vollspaltenböden, gegen AMA-Gütesiegel bezüglich Gentechnikfreiheit

Glyphosat-Verbot, Tierschutz, Gentechnikfreiheit - das waren doch einmal zentrale GRÜNE Kerninhalte! Wir fragen Euch: Wie kann man plötzlich diametral gegen das stimmen, wofür wir GRÜNEN jahrelang gekämpft haben? Was ist mit unserer Verantwortung gegenüber der GRÜNEN Wählerschaft? Die Tatsache, dass es sich „nur“ um Entschließungsanträge handelt, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass durch dieses Abstimmungsverhalten die Glaubwürdigkeit der GRÜNEN *erneut* stark beschädigt wurde.

Wie weit kann und darf die Koalitionsräsion gehen, wie sehr heiligt die Koalition jeglichen Widerspruch zur GRÜNEN Programmatik? Insgesamt ist v.a. das Urteil über das so genannte Tierschutzpaket in der Öffentlichkeit katastrophal – nicht nur unter den Tierschutzvereinen, die die GRÜNEN früher immer unterstützt haben. Einige der Inhalte bleiben sogar hinter dem zurück, was zwischen Erzeuger-Branchen der Landwirtschaft und Tierschutzorganisationen bereits vorher akkordiert war (z.B. das Verbot des Tötens von männlichen Küken gleich nach dem Schlüpfen).

3. Corona-Maßnahmen

Uns ist die uneingeschränkte Achtung der Grund- und Menschenrechte nach wie vor ein zentrales Anliegen, ebenso ein würdevolles, unversehrtes und selbstbestimmtes Leben. Jede Bürgerin und jeder Bürger trägt auch eine Selbstverantwortung für ihre / seine Gesundheit. Ergänzend dazu ist besonders wichtig, dass der Staat seiner Sorgfaltspflicht betreffend Gesundheitsschutz, Arzneimittelsicherheit und Datenschutz nachkommt. Doch wir vermissen hier die notwendige regelmäßige und umfassende Evaluierung der positiven und negativen Wirkungen der gesetzten COVID-19 Maßnahmen, sowie eine umfassende und gesamtheitliche Bewertung von aktueller wissenschaftlicher Literatur zu SARS COV-2 und den sogenannten „COVID-19 Impfstoffen“.

Ebenso fehlt ein zuverlässiges Monitoring betreffend Impfwirkungen und Impfnebenwirkungen bei neu und/oder bedingt zugelassenen Arzneimitteln. Hier bedarf es einer Stelle, die aktiv Qualitätssicherung betreibt, also Wirkungen und Nebenwirkungen erhebt. Beim derzeitigen passiven Meldesystem – und dies ist allgemein bekannt – werden hingegen nur ein Bruchteil von Impfdurchbrüchen und Impfnebenwirkungen erfasst. Eine Beratung und Begleitung für Menschen, die unter Nebenwirkungen der Impfung leiden, wäre unbedingt erforderlich und sollte schon längst eingerichtet sein. Auch von wissenschaftlicher Seite wird eine genaue statistische Datensammlung in Österreich vermisst und eingefordert.

Wir fragen Euch: Wann werden diese notwendigen Maßnahmen umgesetzt? Wann endlich werden auch kritische Stimmen gehört und ein umfassender Dialog begonnen? Wann endlich werden Programme und Maßnahmen zur Förderung - und auch Einforderung - der gesundheitlichen Eigenverantwortung gestartet?

Wir sprechen in dieser Sache nicht nur für uns persönlich, sondern für zigtausende UnterstützerInnen, die Gesundheit als umfassenden ganzheitlichen, eigenverantwortlichen und multifaktoriellen Prozess sehen und darüber entsetzt sind, dass ausgerechnet unter einem GRÜN-geführten Gesundheitsministerium in Österreich eine verpflichtende COVID-19 Impfung mit experimentellen, gentechnischen, unzureichend und mangelhaft klinisch getesteten mRNA Wirkstoffen gesetzlich beschlossen wurde.

Es zeigte sich laufend und auch in der Nachbetrachtung der letzten 2 Jahre, dass die sehr hohen Erwartungen der Regierung in die Wirksamkeit der Impfstoffe zur Verhinderung von Infektionen nicht erfüllt wurden. Von Dezember 2020 bis Dezember 2021 wurde die Impfung als das Allheilmittel zur Bewältigung der Corona-Krise dargestellt. Menschen, die Bedenken gegenüber der Impfung hatten, wurden als einfältig und verantwortungslos hingestellt, ins rechte Eck gestellt oder als Verschwörungsgläubige diffamiert. ÄrztInnen, die ihren PatientInnen nicht uneingeschränkt die COVID-19 Impfung empfahlen, wurden zum Teil entlassen. Manche Menschen verloren ihre Jobs, wenn sie einer G-Regel nicht entsprachen. Die einen, die sich impfen ließen, wurden als „gut“, die anderen als „unsolidarisch und Ursache aller Probleme“ dargestellt. Existenzen wurden ruiniert, die Gesellschaft wurde von Seiten der Regierung (!) durch die Frage „Bist du geimpft?“ gespalten. Eine derartig einseitige und undemokratische Einengung dessen, was richtig ist und was nicht, ist eines demokratischen Staates unwürdig und erfordert eine gründliche Aufarbeitung. Aufgearbeitet gehören auch die enormen Kosten für das Testen, die Impfstoffe und die Bewerbung der Impfung. Notwendig ist auch die Rehabilitierung aller zu Unrecht Entlassenen und die Entschädigung der Menschen, die aufgrund der diskriminierenden G-Regelung, z.B. durch Jobverlust, massive Schäden erlitten haben.

Wir fordern auch eine öffentliche Entschuldigung der verantwortlichen GRÜNEN Gesundheitsminister und der ganzen Regierung bei allen Menschen, die ungerechtfertigterweise abqualifiziert oder diskreditiert wurden, die ihrer Aufgaben oder Ämter enthoben wurden, weil sie eine eigene Meinung vertraten, die abweichend war von der öffentlich gewünschten Meinung.

Komplexe Probleme können nicht durch einfache Lösungen behoben werden. Seit dem Auftreten der Omikron-Variante zeigte sich, dass die Impfung als ‚Gamechanger‘ nicht funktioniert. Hinzukommt, dass seit November 2021 aus Berichten von südafrikanischen ÄrztInnen bekannt war (inkl. medizinisch / wissenschaftlicher Berichte dazu), dass COVID-19 Infektionen mit Omikron zwar infektiös, aber mild(er) im Verlauf waren. Dies war ein erster Hinweis, der durch die Daten aus Großbritannien – ein Land mit ähnlicher demographischer Situation wie Österreich – bestätigt wurde. Trotzdem wurde in Österreich die Impfpflicht beschlossen. Es ist ab sofort nach

dem Grundsatz zu handeln, dass Impfungen, so wie alle medizinischen Eingriffe, ausschließlich der freien Entscheidung des/der Einzelnen unterliegen. Das COVID-19 Impfpflichtgesetz ist mit sofortiger Wirkung außer Kraft zu setzen! Eine Verknüpfung des COVID-19 Impfstatus mit dem Grünen Pass ist abzulehnen, da dies mit demokratischen Grundprinzipien nicht vereinbar ist!

4. Menschen- und Gesellschaftsbild der GRÜNEN

Aus dem bisher genannten ergibt sich die Frage nach dem GRÜNEN Menschen- und Gesellschaftsbild: Inwiefern entspricht die Auffassung, dass Menschen bevormundet und ein Staat paternalistisch und beinahe autoritär geführt werden soll, den GRÜNEN Grundwerten bzw. dem Verständnis einer freien Gesellschaft und liberalen Demokratie? Inwiefern sind eine Impfpflicht mit experimentellen, gentechnischen mRNA-Wirkstoffen, das Ausgrenzen von Menschengruppen aus der gesellschaftlichen Teilhabe (Lockdown für „Ungeimpfte“, 2G-Regelungen, 1G-Regelungen (z.B. an Universitäten!), Diffamierungen von Andersdenkenden, Arbeitsverlust, Beschränkungen durch einen Grünen Pass) mit GRÜNEN Werten und Überzeugungen wie Liberalität, Selbstverantwortung, Grund- und Menschenrechten vereinbar? Die Herabstufung im Demokratieindex zu einer Wahldemokratie wurde im Bericht einzig mit den gesetzlichen Maßnahmen und deren Umsetzung begründet. Gibt Euch das nicht zu denken?

Wie soll, Eurer Meinung nach, die Zukunft aussehen? Hin zu einseitigem Technikglauben und Entfremdung von der Natur und einem natürlichen Leben? Sollen die Bürgerinnen und Bürger künftig gelenkt, gesteuert und überwacht werden? Wir verfolgen mit großer Sorge die aktuellen Entwicklungen Richtung Scientismus, Transhumanismus, Paternalismus, ja sogar Tendenz zum Totalitarismus.

Wir fordern eine Stellungnahme zu den angesprochenen Themen und stehen für Gespräche zur Verfügung. Insbesondere relevant ist auch, wie es bezüglich COVID-19 Impfpflicht, Souveränität in Gesundheitsfragen (Pandemiemanagement / WHO-Pandemievertrag), Grünem Pass und elektronische Identität (eID) weitergehen soll.

Es geht um eine glaubwürdige und prinzipienfeste Politik der GRÜNEN.

Mit freundlichen Grüßen,

Für die GRÜNEN gegen Impfpflicht & 2G

Alternative Corona-Strategie – gemeinsam & selbstbestimmt in die Zukunft

MMag^a. Drⁱⁿ. Madeleine Petrovic (ehemalige Bundessprecherin der GRÜNEN & Klubobfrau)

Mag. Gerhard Feichtinger (GRÜNER Geschäftsführender Gemeinderat)

Dr. Anselm Fleischmann (GRÜNER Bezirksrat)

Stefan Albert Haring (GRÜNER Gemeinderat)

DI. Drⁱⁿ. Monika Henninger-Erber, MBA (GRÜNE Geschäftsführende Gemeinderätin)

Alois Kinast (GRÜNER Bezirksrat a.D)

Mag. Reinhard Mammerler (GRÜNER Gemeinderat)

MMag^a. Drⁱⁿ. Elisabeth Thaler (GRÜNE Bezirksrätin)

DI. Astrid Wallner (ehemalige GRÜNE Gemeinderätin)

Ing. Helmut-Paul Wallner (ehemaliger GRÜNER Vizebürgermeister)

Katharina Wicher (GRÜNE Gemeinderätin)

Thomas Brandmayr

Mag^a. Germeid Gimborn

Martina Höpler-Amort

Elisabeth Papst-Lackinger (ehemaliges Mitglied der GRÜNEN)

Gottfried Schmuck

Jutta Spitzmüller, MA (Mitglied der GRÜNEN)

Ing. Erwin Thaler

Johanna Tschautscher (ehemalige GRÜNE Geschäftsführende Gemeinderätin / Ortsgruppenleiterin)